

Jürgen Klocke, Redaktion AWW-Informationen

Exklusiv-Interview mit Michael Löher, Vorstand „Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.“



Herr Löher, Sie sind Vorstand des seit 1880 bestehenden Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e. V.. Was sind die Aufgaben und Ziele des Deutschen Vereins?

Michael Löher: Der Deutsche Verein ist seit fast 130 Jahren das Forum der öffentlichen und freien Träger der Wohlfahrtspflege. Er ist die Vereinigung aller Akteure im Bereich der sozialen Arbeit, der Sozialpolitik und des Sozialrechts in Deutschland.

Der Deutsche Verein ist gemeinnützig und wird von etwa 2.500 Mitgliedern getragen. Zu ihnen zählen u.a. der Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt, der Deutsche Caritasverband, der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband, das Deutsche Rote Kreuz, das Diakonische Werk, der Deutsche Städtebund, der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund, die Bundesländer, Fachhochschulen und Universitäten sowie soziale Dienste und Einrichtungen.

Zu den Hauptaufgaben des Deutschen Vereins gehören Anregung und Beeinflussung der Sozialpolitik, die Erarbeitung von Empfehlungen für die Praxis der öffentlichen und freien sozialen Arbeit, gutachterliche Tätigkeit auf dem Gebiet des Sozialrechts, die Herausgabe von Schriften und sonstigen Veröffentlichungen in unserem Eigenverlag zu Fragen der sozialen Arbeit sowie die Fort- und Weiterbildung von Führungskräften und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des sozialen Bereichs.

Der Deutsche Verein besteht seit 1880. Sicher ein Beleg dafür, dass sich soziale Probleme in ganz unterschiedlichen Epochen der deutschen Geschichte immer wieder neu und anders gestellt haben. 129 Jahre vom Kaiser über Weimar, der Nazidiktatur, zur deutschen Spaltung bis heute. Wie wird in diesem Zusammenhang die wechselvolle Geschichte des Deutschen Vereins von Ihnen beurteilt?

Michael Löher: Bei allen gesellschaftlichen und politischen Unterschieden: Zu den grundsätzlichen Aufgaben des Deutschen Vereins zählen damals wie heute die Anregung und Beeinflussung der Sozialpolitik und die Erarbeitung von Empfehlungen für die soziale Arbeit, und zwar aus interdisziplinär-fachlicher, überparteilicher Sicht. Natürlich heute unter veränderten Rahmenbedingungen. Ende des 19. Jahrhunderts galt es, mit der Gründung des Deutschen Vereins erstmals zu einer Systematisierung der zersplitterten sogenannten „Armenpflege“ zu kommen. In der Weimarer Republik hatte der Deutsche Verein Einfluss

auf die Reichsgesetzgebung, u. a. auf das Fürsorgerecht. Außerdem fungierte er quasi als Dachverband der Berufskräfte der sozialen Arbeit in Deutschland. Während der Nazidiktatur bestand der Deutsche Verein weiter. Der damalige Vorsitzende brachte ihn durch ein satzungswidriges Vorgehen auf die Linie des Regimes. Trotzdem wurde der Verein schnell marginalisiert.

In Westdeutschland nahm er nach dem Krieg seine bewährte fachliche Arbeit wieder auf, u. a. mit seinem schon seit Mitte der 1970er-Jahre gegebenen Einsatz für die 1994 eingeführte Pflegeversicherung. Mit Ausnahme der Jahre zwischen 1933 und 1945 war der Deutsche Verein dabei immer frei, seine fachlichen Positionen in den (sozial-)politischen Diskurs einzubringen und diesen oft entscheidend mitzubestimmen. Mit dem Umzug unserer Geschäftsstelle von Frankfurt am Main nach Berlin vor fünf Jahren sind wir nun auch formal im politischen Zentrum des vereinten Deutschland präsent.

Angesichts der dramatischen weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise haben soziale Fragen stark an Bedeutung zugenommen und erreichen in der öffentlichen Debatte alle Bereiche der Gesellschaft. Wie beurteilen Sie die aktuelle Entwicklung, und welche Schlussfolgerungen zieht der Deutsche Verein für seine Arbeit und in seinen Schwerpunktthemen?

Michael Löher: Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise für Deutsch-

land sind schwer vorhersehbar. Wir befinden uns mitten in einer Rezession, die Arbeitslosenzahlen steigen. Die Krise hat zugleich alle langfristigen Planungen zerstört. Es wird jetzt schon deutlich, dass die Krise die sozialen Sicherungssysteme massiv unter Druck setzen wird. Ohne eine abschließende Bewertung vornehmen zu können: Es vergeht momentan kein Tag, an dem wir nicht in der Presse von milliardenschweren Rettungspaketen lesen. Dafür scheint der Staat recht locker Milliardensummen bereitstellen zu können. Für teilweise dringend nötige Aktivitäten im sozialen Bereich scheint der Staat das nötige Geld oft aber nicht zu haben. Die Politik wird konkrete Antworten auf diese Diskrepanz finden müssen, wenn sie den Menschen eine nachhaltige Zukunftsperspektive bieten und das Vertrauen in unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erhalten will.

Momentan ist völlig offen, wie Deutschland im Herbst 2009 dastehen wird und welche Themen dann in den Mittelpunkt rücken. Wie andere gesellschaftliche Akteure auch wird sich der Deutsche Verein dann sicher mit den Folgen der Krise für den gesellschaftlichen Zusammenhalt auseinandersetzen haben.

Öffentliche und private Fürsorge ist angesichts der vernetzten Welt ein globales Problem. Welche Aufgaben nimmt der Deutsche Verein in der grenzüberschreitenden Sozialarbeit wahr? Wie gestaltet sich die weitere internationale Arbeit, was sind die inhaltlichen Schwerpunkte?

Michael Löher: Nicht nur Flucht und Vertreibung sondern in zunehmendem Maße auch Arbeitsmigration können für den Einzelnen zu Problemen führen, bei deren Bewältigung er Hilfe braucht, etwa bei Streitigkeiten zum Umgangsrecht, wenn ein Elternteil in sein Herkunftsland zurückkehrt. Der

Internationale Sozialdienst (ISD) ist die deutsche Zweigstelle des International Social Service (ISS) und ein Arbeitsfeld des Deutschen Vereins. Familienkonflikte, Kinder- und Jugendhilfe sowie Erwachsenenschutz sind nur einige Stichworte, die die Arbeit des ISD umschreiben. Der ISD ist Mittler zwischen deutschen und ausländischen Fachstellen sowie Vormundschafts- und Familiengerichten. Der ISD wird eingeschaltet, wenn Beteiligte in verschiedenen Ländern leben, zwischen ihnen vermittelt werden muss, Schutzmaßnahmen koordiniert oder Informationen zwischen Fachstellen in diesen Ländern ausgetauscht werden müssen. Da deutsche Behörden verstärkt mit Fällen konfrontiert sind, die Auslandsbezug haben, werden die Besonderheiten dieser Arbeit in Veröffentlichungen und Vorträgen für die Praxis nachvollziehbar gemacht.

Der Deutsche Verein bringt seine Arbeit und Expertise auch in internationalen Netzwerken ein und ist z. B. Gründungsmitglied des Internationalen Rates für soziale Wohlfahrt (ICSW). Über diese Mitgliedschaft ist der Deutsche Verein in die Plattform der europäischen Nichtregierungsorganisationen im sozialen Bereich (Social Platform) in Brüssel eingebunden und nimmt dort z. B. aktuell an Beratungen der Arbeitsgruppe zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse teil. Das Beobachten und Begleiten der europäischen Sozialpolitik erfolgt dabei vor dem Hintergrund der Frage nach der Rolle und Bedeutung der Kommunen für die Gestaltung eines sozialen Europas und den zukünftigen europäischen Bedingungen für die Erbringung von sozialen Diensten.

In Deutschland und ganz Europa wachsen zunehmend Kinder in Armutsverhältnissen auf. Wo sehen Sie die strategischen Aufgaben zur Bekämpfung dieser Entwicklung? Welche Schwerpunkte

im Kinderschutz und der Jugendhilfe sollten aktuell unterstützt werden?

Michael Löher: Wir begrüßen es zum einen, dass Familien im Rahmen einer nachhaltigen Familienpolitik finanziell stärker gefördert werden. Neben Einzelmaßnahmen wie der Kindergelderhöhung ist aber eine Diskussion darüber, wie der Familienleistungsausgleich insgesamt verbessert werden kann, dringend notwendig. Und da zentrale Ursache der Kinder- und Jugendarmut die Arbeitslosigkeit bzw. ein zu geringes Erwerbseinkommen der Eltern ist, sind die infrastrukturellen Maßnahmen eigentlich bedeutsamer – diese ermöglichen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zudem verbessern umfassende Betreuungs- und Bildungsangebote die Teilhabechancen der Kinder und Jugendlichen. Damit muss der Teufelskreis der vererbten Armut durch zu geringe Bildung durchbrochen werden.

Zur Ihrer zweiten Frage: Regelungen zum Kinderschutz sind ja zu unserem Bedauern gerade gescheitert. Auch wenn wir mit dem ersten Gesetzentwurf an vielen Stellen nicht einverstanden waren, war der Ansatz richtig. So sollten bspw. Unsicherheiten bei der Weitergabe von Daten von Kinderärzten an Jugendämter beseitigt werden. Künftig muss viel stärker auch der präventive Kinderschutz in den Fokus genommen werden. Hier existieren vor Ort schon viele gute Projekte. Es braucht jedoch auch die langfristige Unterstützung und Förderung auf allen Ebenen. Angesichts der sehr engen kommunalen Haushalte und der vielfältigen Aufgaben der Jugendhilfe wird die Frage der Personalbemessung und -ausstattung immer wichtiger werden. Hier einen Ausgleich zu finden und dabei dem Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe gerecht zu werden, wird angesichts der Wirtschaftskrise

eine der Herausforderungen der nächsten Jahre sein.

Welche Herausforderungen sieht der Deutsche Verein in der Tatsache, dass die Menschen in unserer Gesellschaft immer älter werden? Welche ethischen Fragen werden mittel- und langfristig neu aufgeworfen?

Michael Löher: Niedrige Geburtenzahlen und die weiterhin steigende Lebenserwartung zwingen uns dazu, die Älteren wieder als aktive Bürger in Wirtschaft, Politik und sozialem Leben zu begreifen. Wohlstand und hohe soziale Standards sind ohne den Beitrag der Älteren nicht zu halten, Stichwort: „Fachkräftemangel“. Die Älteren selbst werden den demographischen Wandel bewältigen müssen.

Eine höhere Erwerbstätigkeit der Älteren ist dabei ein notwendiges Element. Dass heute nur 7,4 % aller Menschen zwischen 60 und 65 Jahren einer Vollzeiterwerbstätigkeit nachgehen, ist ein Auftrag an eine aktive Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. Ein Umdenken insbesondere in der Wirtschaft ist hier dringend notwendig.

Aber die Lebensspanne nach dem sechzigsten Lebensjahr sollte nicht nur unter dem Aspekt der Erwerbsbeteiligung betrachtet werden. Menschen mit Lebenserfahrung, Fähigkeiten und Kompetenzen – insbesondere emotionalen und sozialen Kompetenzen – sind als Engagierte in jedem Alter gefragt. Für die Älteren sind neue „Verantwortungsrollen“ und attraktive Aufgaben denkbar. Hier noch mehr Beteiligungs- und Ermöglichungsstrukturen zu schaffen, ist nachhaltige Zukunftspolitik und stärkt das faire Miteinander der Generationen.

Die Zahl der hochaltrigen Menschen nimmt immer mehr zu. Ab dem 85. Lebensjahr steigt das Risiko von Demenz und Pflegebe-

dürftigkeit deutlich. Für die wachsende Gruppe der sehr alten Menschen eine würdevolle, qualifizierte Pflege und Betreuung anzubieten, die auch finanzierbar ist für den Einzelnen und die Gemeinschaft, ist eine der anspruchsvollsten Aufgaben, wenn wir von Alterung sprechen.

Öffentliche und private Fürsorge ist oft Ergebnis ehrenamtlichen Engagements. Findet das Ehrenamt in unserer Gesellschaft genügend Anerkennung und Unterstützung? Welche Verbesserungen – rechtlich, finanziell, organisatorisch – würden Sie für nötig erachten? Welche Impulse sollen in diesem Zusammenhang von der „Woche des bürgerschaftlichen Engagements“ (2.–11. Oktober 2009) ausgehen?

Michael Löher: Dem bürgerschaftlichen Engagement kommt bei der Qualität sozialer Dienstleistungen eine große Bedeutung zu, u.a. bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, bei der Schaffung kommunaler Bildungslandschaften, in der Pflege und bei der sozialen Gestaltung von Nachbarschaften. Das vom Deutschen Verein rechtlich getragene Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) hat soeben den ersten Zwischenbericht des von ihm veranstalteten „Nationalen Forums für Engagement und Partizipation“ vorgelegt, in dem 300 Vertreterinnen und Vertreter aus Bürgergesellschaft, Bund, Ländern und Kommunen, aus Wirtschaft und Wissenschaft erste Eckpunkte einer engagementpolitischen Agenda erarbeitet haben. Ich kann hier nur kurz anreißen, welche Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Engagementförderung noch entwickelt werden müssen. Momentan fehlt eine ressortübergreifende und regierungseinheitliche Bundesgesetzgebung. Außerdem brauchen wir eine weitere Modernisierung und Vereinfachung des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts,

denn im bürgerschaftlichen Engagement muss z. Zt. auch viel Zeit für bürokratische Verfahren aufgebracht werden. Die Woche des bürgerschaftlichen Engagements findet in diesem Jahr vom 2. bis zum 11. Oktober schon zum fünften Mal statt und ist die größte Freiwilligen-Initiative Deutschlands. Sie hat nachhaltig dazu beigetragen, dass das Thema bürgerschaftliches Engagement stärker von den Medien und der breiten Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Sie widmet sich in diesem Jahr besonders dem Engagement von Jung und Alt.

Bürokratische Hürden, gerade in der Arbeit privater und öffentlicher Träger, stehen landauf, landab in der Kritik. Welche Vorstellungen zum Abbau bürokratischer Hürden hat hier der Deutsche Verein?

Michael Löher: Der Deutsche Verein hat Anfang des Jahres eine Arbeitsgruppe zur Reform des Zuwendungsrechts eingerichtet, an der u. a. auch die Geschäftsstelle Bürokratieabbau im Kanzleramt beteiligt ist. Die Arbeitsgruppe wird Empfehlungen erarbeiten, die den politischen Handlungsbedarf im staatlichen Zuwendungsrecht aufzeigen und erste Lösungsvorschläge enthalten. Ziel ist es, das Zuwendungsrecht zu entbürokratisieren und zu modernisieren. Erste Überlegungen hierzu wurden auch im Nationalen Forum für Engagement und Partizipation diskutiert. Im ersten Zwischenbericht des Forums wird festgestellt, dass sich durch eine Vereinfachung und Verbesserung des Zuwendungsrechts der Verwaltungsaufwand wesentlich reduzieren ließe. Vorgeschlagen wird u. a. eine Entbürokratisierung der Allgemeinen Nebenbestimmungen, vermehrte Festbetragsfinanzierung sowie eine Lockerung des Besserstellungsverbots.

Die Arbeitsgruppe des Deutschen Vereins wird voraussichtlich im September dieses Jahres ihre Er-

gebnisse vorlegen. Darüber hinaus arbeitet der Deutsche Verein im Arbeitskreis „Bürokratieentlastung des Dritten Sektors und des bürgerschaftlichen Engagements“ der AWV mit.

Kommen wir zum Schluss zum Deutschen Fürsorgetag (DFT), den der Deutsche Verein alle drei Jahre ausrichtet. Der nächste Fürsorgetag findet im November dieses Jahres statt. Wie lautet das Motto und welche Rolle spielt der DFT für die soziale Arbeit in der Bundesrepublik?

Michael Löher: Der Deutsche Fürsorgetag ist – in aller Bescheidenheit – der größte Fachkongress der sozialen Arbeit im deutschsprachigen Raum, richtet sich also ausdrücklich auch an Interessierte in Österreich und der Schweiz. Wir veranstalten 2009 bereits den 78. Deutschen Fürsorgetag, in diesem Jahr als einmaliges Ereignis gemeinsam mit der Fachmesse ConSozial vom 10. bis 12. November im Messezentrum Nürnberg. Der DFT 2009 steht unter dem Motto „Märkte für Menschen: verantworten – gestalten – selbst bestimmen“. Auf der gemeinsamen Veranstaltung wird in über 60 Symposien, Vorträgen und Projektpräsentationen eine breite Palette aktueller sozialpolitischer und sozialwirtschaftlicher Fragen thematisiert. Zu den Höhepunkten des Kongresses gehören die Vorträge der Bundesfamilienministerin und des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts. Die Fachvorträge befassen sich unter anderem mit den aktuellen Perspektiven im Bereich des SGB II, dem neuen Kinder- und Jugendbericht, den Angeboten in Pflege und Rehabilitation oder einer altersgerechten Personalpolitik der Sozialdienstleister. Erfahrungen aus Europa, etwa zur aktivierenden Sozialhilfe oder Armutsbekämpfung, zeigen neue Wege.

Mit dem gewählten Motto möchten wir auch herausstellen, dass der soziale Bereich als tragendes Element einer humanen Gesellschaftsordnung und gleichzeitig als stabilisierender Wirtschaftsfaktor anzusehen ist. Wir freuen uns sehr auf dieses gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen veranstaltete Ereignis und laden alle Interessierten herzlich dazu ein!

Deutscher Fürsorgetag und ConSozial 2009: Programm jetzt verfügbar

„Märkte für Menschen: verantworten – gestalten – selbst bestimmen“ – das Motto der gemeinsamen Veranstaltung 78. Deutscher Fürsorgetag/ConSozial 2009 könnte aktueller kaum sein. Das soeben veröffentlichte Programm thematisiert in über 60 Symposien, Vorträgen und Projektpräsentationen eine breite Palette aktueller sozialpolitischer und sozialwirtschaftlicher Fragen. Im Mittelpunkt steht die künftige Gestaltung der sozialen Verantwortung von Staat und Gesellschaft sowie der Organisation sozialer Dienste.

Zu den Höhepunkten des Kongresses gehören die Vorträge der Bundesfamilienministerin und des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts. Die Fachvorträge befassen sich unter anderem mit den aktuellen Perspektiven im Bereich des SGB II, dem neuen Kinder- und Jugendbericht, den Angeboten in Pflege und Rehabilitation oder einer altersgerechten Personalpolitik der Sozialdienstleister. Erfahrungen aus Europa, etwa zur aktivierenden Sozialhilfe oder Armutsbekämpfung, zeigen neue Wege.



Die Fachmesse meldet schon jetzt eine neue Rekordmarke: Mit über 4.700 qm Netto-Standfläche wird sie die größte seit Bestehen der ConSozial. Rund 280 Aussteller präsentieren Produkte und Services für soziale Organisationen sowie Bildungsangebote für Fach- und Führungskräfte. Die Job-Infobörse zeigt berufliche Entwicklungschancen in der Sozialbranche und der Marktplatz

ist die Kontakt- und Informationsplattform für Einrichtungen, Verbände, Politik und Publizistik. Die gastgebende Stadt Nürnberg ist mit einer Vielzahl sozialer Projekte präsent und lädt ein zum Abend der Begegnung.

Der Kongress findet statt vom 10. bis 12. November, die Fachmesse läuft vom 11. bis 12. November 2009, Veranstaltungsort ist das Messezentrum Nürnberg. Veranstalter sind der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. und das Bayerische Sozialministerium.

Das komplette Kongress-Programm, Messe-Informationen und Online-Anmeldung ist zu finden unter www.fuersorgetag-consozial.de oder kann angefordert werden unter Tel.: (0 91 28) 50 26 01.

Kompakt

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. hat seinen Sitz in Berlin-Mitte. Auf seinen Internetseiten (www.deutscher-verein.de) stehen umfangreiche Informationen über seine Arbeit zur Verfügung, u. a. auch zur Möglichkeit einer Mitgliedschaft. Außerdem können dort die Stel-

lungnahmen und Empfehlungen des Deutschen Vereins abgerufen werden. Für regelmäßige Informationen ist auf den Internetseiten die Anmeldung für den Bezug des Newsletters möglich.

Internetadressen:
www.deutscher-verein.de
www.fuersorgetag-consozial.de
www.iss-ger.de